

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 33 a bis 33 c sowie den Zusatzpunkt 11 auf:

33. a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz)

- Drucksachen 16/7439, 16/7486 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Gesundheit (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Elisabeth Scharfenberg, Nicole Maisch, Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzielle Nachhaltigkeit und Stärkung der Verbraucher - Für eine konsequent nutzerorientierte Pflegeversicherung

- Drucksache 16/7136 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Gesundheit (f)

Innenausschuss

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Haushaltsausschuss

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Klaus Ernst, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE Für eine humane und solidarische Pflegeabsicherung

- Drucksache 16/7472 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Gesundheit (f)

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

ZP 11 Beratung des Antrags der Abgeordneten Heinz Lanfermann, Daniel Bahr

(Münster), Dr. Konrad Schily, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Für eine zukunfts- und generationengerecht finanzierte, die Selbstbestimmung stärkende, transparente und unbürokratische Pflege

- Drucksache 16/7491 -

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Gesundheit (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich bitte, die Gespräche, die geführt werden, außerhalb des Saales fortzusetzen, damit wir den Ausführungen der Redner folgen können. - Ich bedanke mich.

Ich erteile Frau Bundesministerin Ulla Schmidt als erster Rednerin das Wort für die Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Pflege braucht Vertrauen, gute Leistung, gute Qualität, Verstehen und Zuwendung. Menschen auf der Suche nach Betreuung und Pflege für ihre Angehörigen benötigen vielfältige Unterstützung. Das Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, welches die Bundesregierung Ihnen heute vorlegt, bietet viele zusätzliche Hilfen und

einen leichteren Zugang. Besonders wichtig ist mir, dass die häusliche Pflege durch mehr Pflegegeld und höhere ambulante Sachleistungen gestärkt wird, damit mehr pflegebedürftige Menschen ihren Wunsch erfüllen können, daheim - in ihrer vertrauten Umgebung, wo sie am liebsten sind - von Angehörigen gepflegt zu werden.

Wir sorgen mit diesem Gesetz für dringend notwendige Verbesserungen für demenziell Erkrankte, geistig Behinderte und psychisch Kranke. Sie sollen zukünftig bis zu 2 400 Euro an Zuschüssen erhalten. Das gilt auch für Menschen, die noch nicht pflegebedürftig sind, aber ein zusätzliches Maß an Betreuung benötigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sorgen für mehr Transparenz bei der Qualität der Pflege. Künftig müssen alle Prüfberichte in allgemein verständlicher Form veröffentlicht werden. Die Menschen müssen sich darüber informieren können, wo gute und sehr gute Heime und ambulante Dienste zu finden sind und wo es weniger gute Heime und ambulante Dienste gibt, die man am besten meidet. Schon allein das wird helfen, die immer noch verbreiteten Missstände in der stationären, aber auch in der ambulanten Pflege zu verringern. Ich glaube, dass Öffentlichkeit und Transparenz das beste Mittel sind, um wirklich in einen Wettbewerb um gute Qualität einsteigen zu können. Die Menschen müssen das Wahlrecht haben; sie sollen aufgrund guter Kriterien selber entscheiden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Nach diesem Gesetzentwurf haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Anspruch, für sechs Monate aus ihrem Beruf auszusteigen, um einen Angehörigen selbst zu pflegen oder um seine Pflege zu organisieren. Die Rückkehr zu ihrem Arbeitsplatz bleibt garantiert, ebenso die volle soziale Absicherung in dieser Zeit.

Wir alle wissen, dass Pflegefälle manchmal unerwartet und akut auftreten können. Menschen benötigen dann sehr kurzfristig einen Freiraum, um sich beraten zu lassen, das Notwendige zu organisieren oder sich zu informieren: Kann ich zu Hause pflegen oder muss ich eine stationäre Pflege in Anspruch nehmen? Unser Gesetzentwurf sieht vor, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Eintreten eines Pflegefalls in einer besonderen Notsituation für zehn Tage von der Arbeit freigestellt werden können, damit sie die notwendige Zeit haben, zu organisieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich würde mich freuen, wenn wir mit der Sorge von Menschen um ihre pflegebedürftigen Angehörigen genauso umgehen, wie wir es mit der Sorge von Eltern um ihre erkrankten Kinder tun: Die Eltern erkrankter Kinder haben den Anspruch, zehn Tage lang Krankengeld zu beziehen.

(Beifall bei der SPD)

Leider gibt es für eine Gleichbehandlung dieser beiden Notsituationen derzeit noch keine Mehrheit; aber der erste Schritt ist getan.

Viele Angehörige beklagen, dass weniger die eigentliche Pflege als vielmehr die Vorbereitung und die Organisation rund um die Pflege die größten Belastungen darstellen. Angehörige laufen von Pontius zu Pilatus. Sie gehen wie mit einem Laufzettel in der Hand von Amt zu Amt, zu vielen Einrichtungen und zum Arzt, um Pflege zu organisieren. Was liegt da eigentlich näher, als einen zentralen Ansprechpartner zu schaffen?

(Beifall bei der SPD)

Dafür hat die Bundesregierung in ihrem Konzept Pflegestützpunkte mit Pflegeberatern vorgesehen, die nicht nur beraten, sondern das gesamte Leistungsgeschehen für die Pflegebedürftigen koordinieren und über die Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung entscheiden können. Dadurch wird mehr Hilfe organisiert. Dies ist ein Angebot, auf das ein Rechtsanspruch besteht. Ein Pflegebedürftiger und seine Angehörigen können es in Anspruch nehmen. Wer das nicht will, muss es nicht. Es gibt hier keinen Zwang.

(Beifall bei der SPD)

Die Pflegestützpunkte sollen quartiersnah sein, und sie sollen als Marke für die gesamte Pflege etabliert werden. An einem Ort zusammengefasst soll angeboten werden: Beratung und Entscheidung bezüglich Pflegefragen, Leistungen der Altenhilfe, der Behindertenhilfe und der Grundsicherung, Einbindung des Ehrenamts und Informationen über alle Angebote rund um die Pflege.

So etwas gibt es schon heute. In Berlin bestehen geriatrische Koordinationsstellen, in Rheinland-Pfalz gibt es Beratungs- und Koordinierungsstellen, in Baden-Württemberg Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen. Ob jemand wohnortnah ein Angebot hat, darf aber nicht davon abhängen, wo er wohnt. Wenn wir die Pflege weiterentwickeln, muss unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen: Egal wo jemand wohnt, er muss wohnortnah, im Quartier, eine solche Anlaufstelle haben. Den Menschen, die Pflege organisieren, müssen wir die Arbeit erleichtern; die Pflege an sich ist schwer genug.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sehr froh darüber, dass alle diese guten Ansätze auch vom Bundesrat so gesehen werden. Diese Ansätze zu Anlaufstellen im Quartier, zu Pflegestützpunkten weiterzuentwickeln und dafür zu sorgen, dass Leistungen unter einem Dach und aus einer Hand angeboten werden, ist ein wichtiger Schritt voran. Ich bin sicher, dass wir mit der Einbeziehung der Kommunen hier endlich etwas schaffen, was das Leben derer, die pflegen, erleichtert. Wir werden dafür sorgen, dass alle an einem Strang ziehen, dass Vorhandenes genutzt wird und dass Doppelstrukturen vermieden werden.

(Beifall bei der SPD)

Erstmals in der Geschichte der Pflegeversicherung werden die Leistungen in drei Schritten angehoben. Ab 2015 werden die Leistungen in regelmäßigen Abständen an die Preisentwicklung angepasst, um eine Entwertung der Beträge zu vermeiden.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Nur wenn es passt!)

Aber ich sage hier ganz deutlich: Mehr noch als bisher brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, was uns die Pflege eigentlich wert ist. Notwendig ist ein Konsens darüber, wie wir sie organisieren und finanzieren. Für das, was wir jetzt auf den Weg bringen, werden wir - darüber sind wir uns einig - den Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte anheben. Wir wissen, dass dies nur bis 2014/15 ausreicht und dass wir in der nächsten Legislaturperiode erneut über die Frage der langfristigen Finanzierung diskutieren müssen. Jetzt ist es wichtig, das vorliegende Gesetz auf den Weg zu bringen. Wir brauchen die Strukturveränderungen.

Ich will an dieser Stelle abschließend sagen: Wir sollten vorsichtig sein. Es gibt keinen Anlass, den Katastrophenprognosen mancher interessengeleiteter Professoren zu glauben,

(Dr. Carola Reimann [SPD]: Wohl wahr!)

die immer wieder neue Zahlen - auch absurde Zahlen - in die Welt setzen.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Meinen Sie jetzt Herrn Lauterbach oder wen? -

Heinz Lanfermann [FDP]: Herr Lauterbach! - Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Sie meint Herrn Lauterbach!)

In ihrem jüngsten Gutachten rechnen die Wirtschaftsweisen auf der Basis unserer heutigen Reform für das Jahr 2050 mit einem Beitragssatz von 2,5 bis 3,2 Prozent. Ehe hier nun einige voreilig kritisieren, frage ich: Wäre das in einer Gesellschaft mit immer mehr Hochbetagten, in der viele Menschen über 80 Jahre alt sind, zu viel und unerschwinglich? - Wir haben Zeit und Ruhe, zu debattieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

ANLAnfänge

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Bevor ich nun dem nächsten Redner das Wort gebe, komme ich zurück zum Tagesordnungspunkt 32 b und gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel "Rentenabschläge für Langzeiterwerbslose verhindern" bekannt: Abgegebene Stimmen 521. Mit Ja haben gestimmt 428, mit Nein haben gestimmt 93, Enthaltungen keine. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 521;

davon

ja: 428

nein: 93

enthalten: 0

Ja

CDU/CSU

Ulrich Adam

Ilse Aigner

Peter Albach

Peter Altmaier

Dorothee Bär

Thomas Bareiß

Norbert Barthle

Dr. Wolf Bauer

Günter Baumann

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)

Veronika Bellmann

Dr. Christoph Bergner

Otto Bernhardt

Clemens Binninger

Renate Blank

Peter Bleser

Antje Blumenthal

Dr. Maria Böhmer

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Wolfgang Bosbach

Klaus Brähmig

Michael Brand

Helmut Brandt

Dr. Ralf Brauksiepe

Monika Brüning

Georg Brunnhuber

Cajus Caesar

Gitta Connemann

Leo Dautzenberg

Alexander Dobrindt

Marie-Luise Dött

Maria Eichhorn

Dr. Stephan Eisel

Anke Eymer (Lübeck)

Ilse Falk

Enak Ferlemann

Hartwig Fischer (Göttingen)

Dirk Fischer (Hamburg)

Dr. Maria Flachsbarth

Klaus-Peter Flosbach

Herbert Frankenhauser

Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)

Erich G. Fritz

Jochen-Konrad Fromme

Dr. Michael Fuchs

Hans-Joachim Fuchtel

Dr. Peter Gauweiler

Dr. Jürgen Gehb

Eberhard Gienger

Peter Götz

Dr. Wolfgang Götzer

Reinhard Grindel

Hermann Gröhe

Michael Grosse-Brömer

Markus Grübel

Manfred Grund

Karin Binder
Heidrun Bluhm
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Daödelen
Dr. Diether Dehm
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Diana Golze
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Lutz Heilmann
Hans-Kurt Hill
Cornelia Hirsch
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Dr. Hakki Keskin
Katja Kipping
Jan Korte
Katrín Kunert
Oskar Lafontaine
Michael Leutert
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Löttsch
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Kornelia Möller
Kersten Naumann
Wolfgang Neškovic
Dr. Norman Paech
Petra Pau
Bodo Ramelow
Elke Reinke
Paul Schäfer (Köln)
Volker Schneider (Saarbrücken)
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Dr. Petra Sitte
Frank Spieth
Dr. Kirsten Tackmann
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Jörn Wunderlich
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Grietje Bettin
Ekin Deligöz
Dr. Thea Dückert
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Kai Gehring
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Winfried Hermann

Peter Hettlich
Priska Hinz (Herborn)
Dr. Anton Hofreiter
Thilo Hoppe
Ute Koczy
Sylvia Kotting-Uhl
Fritz Kuhn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Anna Lührmann
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Omid Nouripour
Brigitte Pothmer
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Elisabeth Scharfenberg
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Raïnder Steenblock
Silke Stokar von Neuforn
Dr. Harald Terpe
Jürgen Trittin
Wolfgang Wieland
Fraktionslose Abgeordnete
Henry Nitzsche
Gert Winkelmeier

ANLEndee

Nun können wir die Debatte fortsetzen. Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Heinz Lanfermann für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Heinz Lanfermann (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Vor über zwei Jahren haben Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, die gesetzliche Pflegeversicherung zu reformieren. Genauer gesagt wollten Sie schon vor anderthalb Jahren einen Entwurf vorlegen.

Vor allen Dingen haben Sie aber auch eine Finanzreform versprochen, in der aufgrund der demografischen Entwicklung unter anderem das Umlageverfahren zumindest um kapitalgedeckte Elemente ergänzt werden sollte. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird es keine zukunftsfeste Finanzierung geben, und damit ist Schwarz-Rot in der wichtigen Finanzierungsfrage gescheitert.

(Beifall bei der FDP)

Die Ministerin hat, wie Sie gerade gehört haben, wieder einmal alle Fakten ignoriert. Alle Zahlen liegen auf dem Tisch. Wir wissen, wie viele Menschen es gibt, wie sehr die Zahl der Pflegebedürftigen steigen und die Zahl der Beitragszahler sinken wird. Wir können das alles genau berechnen.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Deswegen haben wir ja auch nicht mehr so viel Zeit wie Frau Schmidt!)

Dies gilt nicht nur für Professoren. Es gibt eigentlich niemanden, der anders rechnet - außer Frau Schmidt und die SPD in ihrem Gefolge.

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt doch nicht! Gucken Sie doch mal in die Sachverständigengutachten!)

Sie ignorieren die demografische Entwicklung; aber gegen Fakten kann man auf Dauer keine Politik machen.

(Beifall bei der FDP)

Die sogenannte Große Koalition wird in der Pflegedebatte ganz klein, möchte am liebsten gar nicht darüber sprechen, verschiebt die Debatte von morgens auf mittags, auf einen Zeitpunkt, zu dem viele von uns schon zurückfahren, und verkürzt die Debattenzeit von 90 auf 45 Minuten, sodass man nicht auf alle Themen eingehen kann.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Das ist die breite gesellschaftliche Debatte, die Frau Schmidt angekündigt hat!)

- Genau, das ist der breite Dialog.

Die Regierung legt einen Entwurf vor. Die Vertreter der CDU/CSU streiten ab, dass das ein Koalitionsentwurf ist, weil sie als Fraktion nichts damit zu tun haben. Die Ministerin widerspricht dem eigenen Kabinettsbeschluss und fordert - so heute Morgen in einem Rundfunkinterview - die Bezahlung der geplanten zehn Urlaubstage. Die Bezahlung soll - damit das klar ist - zur Hälfte durch die Kassen und zur Hälfte nach bewährtem Modell durch den Arbeitgeber und damit durch den Mittelstand erfolgen.

Nun komme ich auf das Herzstück Ihrer Reform, Frau Ministerin, zu sprechen. Mit warmen und gefühlvollen Worten erklären Sie, dass man nicht mehr von Pontius zu Pilatus laufen muss, sondern nur zu einem jener über 4 000 Stellen, die Sie etwas martialisch als Stützpunkte bezeichnen. Diese über 4 000 Pflegestützpunkte werden Kosten von mindestens über 800 Millionen Euro verursachen, von denen Sie aber nur 10 Prozent zur Verfügung stellen wollen. Den Rest dürfen dann andere bezahlen. Dieser Gesetzentwurf ist, wie man feststellt, wenn man ihn sich anschaut, wirklich ein Lehrstück an schlechter, eigentlich unzumutbarer Gesetzgebungsarbeit.

(Beifall bei der FDP - Martin Zeil [FDP]: Lehrstück ohne h!)

- Ja, wenn man hineinschaut, stellt man fest, dass er eine leere Tüte ist. Es werden keinerlei konkrete Maßnahmen und keine konkreten Zuständigkeiten beschrieben. Es steht nichts darüber im Gesetzentwurf, von wem diese Berater, von denen es in diesen Stützpunkten nur so wimmelt, Weisungen bekommen, welche Befugnisse es gibt und wer welche Aufgabenbereiche hat. Es steht darin auch nichts darüber, wie Sie die Koordinierung mit den Landesstellen und den kommunalen Stellen, über die Sie ja nicht verfügen können, verwirklichen wollen. (Elke Ferner [SPD]: Das wollen Sie alles in das Gesetz hineinschreiben?)

Diese werden nur aufgefordert, irgendwelche Verträge zu unterschreiben, von denen man noch gar nicht weiß, was darin stehen soll.

Bei der Vorbereitung dieses Gesetzentwurfes - Sie hatten ja über zwei Jahre Zeit; von den Jahren davor, in denen Sie nichts getan haben, einmal ganz abgesehen; Sie sind ja schon lange genug im Amt, um lange nichts getan zu haben - haben Sie zum Beispiel überhaupt nicht mit den Landkreisen gesprochen. Wir alle, die wir uns in der Pflegepolitik betätigen, waren doch dabei, als die Vertreter der Landkreise gesagt haben: Mit uns hat man nicht gesprochen. - Sie bekommen ja nicht einmal Antworten auf ihre Briefe, wenn sie ihre Mitarbeit anbieten. Hinterher sollen sie aber alle etwas unterschreiben, damit Sie Pflegestützpunkte aufbauen können. Sie stellen diese als Eldorado der Pflege dar. In Wirklichkeit sind die über 4 000 Pflegestützpunkte nichts anderes als eine Ansammlung von Basislagern in einem Gebirge von Bürokratie, das Sie jetzt neu aufbauen.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin dem Kollegen Zöllner, der gleich sprechen wird, sehr dankbar. Heute ist in der Lausitzer Rundschau ein sehr schönes Interview mit ihm zu lesen, worin er sagt, dass die Union die Einrichtung von Pflegestützpunkten ablehnt. Dies begründet er folgendermaßen:

Im Sozialgesetzbuch

- hören Sie zu, Frau Schmidt -

(Martin Zeil [FDP]: Die hört schon gar nicht mehr zu!)

ist schon jetzt geregelt, dass die Pflegekassen eine Beratungspflicht haben. Das geschieht auch. Wenn neben dieser Pflegeberatung auch noch Pflegestützpunkte existieren, dann entstehen Doppelstrukturen und eine enorme Bürokratie.

Auch wir wollen, dass das Geld besser an die Pflegebetten kommt, als dass es in der Bürokratie versickert.

(Beifall bei der FDP)

Die Ministerin behauptet, vorhandene Strukturen würden aufgenommen, integriert, vernetzt usw. Sie haben gerade noch gesagt, dass es so etwas geben soll. Ich

habe Sie im Oktober angeschrieben und gefragt: Was gibt es in den Ländern? Was gibt es in den Gemeinden? Was gibt es, was man vernetzen und aufbauen könnte? Was gibt es, was man ergänzen könnte? Antwort von Frau Caspers-Merk: Wir sind noch in der Findung. Das wissen wir alles noch nicht. - Dann habe ich den Gesetzentwurf abgewartet und noch einmal an die Ministerin geschrieben und wieder diese vier konkreten Fragen gestellt - das werde ich jedem hier zur Verfügung stellen -: Ich erhielt eine zweiseitige nichtssagende Antwort, nur Larifari. Auf die Fragen wurde überhaupt nicht eingegangen. Das heißt, die Ministerin, die offiziell nichts weiß, will nun vernetzen und verknüpfen, was sie nicht kennt. Viel Vergnügen, Frau Ministerin!

(Beifall bei der FDP)

So geht man im Übrigen nicht mit dem Parlament um. So lasse ich Ihnen das auch nicht durchgehen.

Dieser Gesetzentwurf ist im Hinblick auf die Pflegestützpunkte nichts anderes als ein teurer Schuss ins Blaue. Ich sage Ihnen auch, was Sie damit vorhaben: Derjenige, der sich einordnet, der die Verträge unterschreibt, deren Bedingungen Sie bestimmen, wird in eine Struktur eingegliedert, die von oben nach unten verläuft, vom Gesundheitsministerium zu den Pflegekassen. Das trägt Staatsdirigismus und Staatspflege in die Gemeinden hinein.

(Beifall bei der FDP - Elke Ferner [SPD]: Grober Unsinn, was Sie da reden!)

Das wird dazu führen, dass an den Orten, wo die Träger sich nicht fügen, wo sie nicht unterschreiben, wo sie nicht mitmachen, sondern auf ihre eigenen bewährten Beratungsangebote setzen, Doppelstrukturen unter Verwendung des Geldes aufgebaut werden, das Sie den Menschen jetzt aus der Tasche ziehen wollen. Nach und nach werden Sie so die anderen vom Markt drängen.

(Elke Ferner [SPD]: Für wie blöd halten Sie uns eigentlich?)

Wer 2 000 Euro im Monat verdient, soll ja jedes Jahr 60 Euro mehr in die Pflegeversicherung zahlen, damit Frau Schmidt ihre Staatspflege weiter ausbauen kann.

Es gibt sicherlich sinnvolle Verbesserungen, gegen die wir nichts einzuwenden haben. Aber Sie betreiben eine Politik, bei der sämtliche Zahlen und die demografische Entwicklung ignoriert werden und bei der nur Wert darauf gelegt wird, staatliche Strukturen weiter durchzusetzen und andere zu verdrängen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Zöllner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wolfgang Zöllner (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn zurzeit über Pflege gesprochen wird, dann wird vorwiegend über Missstände, Organisationsdefizite und Kosten diskutiert. So wird die Diskussion aber zu kurzfristig geführt. Es geht nämlich um mehr: In der Wertschätzung des Alters und in der Frage, wie wir mit den älteren Menschen umgehen, kommen nämlich unsere kulturellen Prinzipien zum Ausdruck. Es geht also darum: Wollen wir eine humane Pflege, oder wollen wir eine Pflege vom Fließband? Deshalb müssen wir in der Gesellschaft und ganz besonders in diesem Hause einen Konsens über folgende Fragen herstellen: Wie wollen wir künftig pflegen? Wie wollen wir künftig selbst einmal gepflegt werden? Wie kann man Verbesserungen erreichen? Wie kommen wir zu einer nachhaltigen Finanzierung?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Entwicklung macht mir große Sorgen. Man hört immer wieder, dass pflegebedürftigen Menschen aus Mangel an Pflegekräften oder aus Mangel an Zeit Magensonden verabreicht werden, anstatt pflegebedürftigen Menschen in dem Tempo zu Essen und zu Trinken zu geben, in dem sie kauen und schlucken können. Im Übrigen: Wer einmal eine Magensonde erhalten hat, wird nie wieder etwas schmecken können. Was für eine Qualität hat das Leben dann noch? Ähnliche Defizite gibt es beim Waschen, beim Anziehen oder beim Toilettengang. Wenn Windeln und Dauerkatheter von den Versicherungen unter dem Begriff "pflegeerleichternde Maßnahmen" abgerechnet werden, sind wir alle aufgefordert, tätig zu werden. Ich halte das, was ich beschrieben habe, nicht für eine humane Pflege, sondern für menschenunwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

Deshalb habe ich die Frage gestellt: Wie wollen wir pflegen?

Viele Berichte zur Pflegequalität haben gezeigt, dass wir dringend mehr motiviertes und qualifiziertes Personal für die Pflege vor Ort brauchen. Diese Menschen, die einen sehr anspruchsvollen und schwierigen Dienst an den Pflegebedürftigen leisten, sollten auch wissen, dass wir ihre Arbeit schätzen. Pflegeheime, die qualitativ gute Pflege leisten, werden sich nicht vor Prüfungen fürchten. Prüfungen sind notwendig, um schlechte Pflege festzustellen und Defizite abzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen nicht alle Pflegenden in einen Topf werfen und mit überzogenen Vorschriften und bürokratischen Auflagen gängeln. Hier müssen wir den richtigen Weg für effiziente und dauerhaft wirksame Qualitätskontrollen finden. Es geht also nicht um ein Mehr an Kontrollen und Vorschriften, sondern es geht um die richtige Anwendung. Denn Qualitätssicherung und Qualitätsprüfungen dürfen kein Selbstzweck werden.

Wir müssen also an folgenden Punkten ansetzen, um diese Zustände zu verbessern: Wir müssen die Pflegeleistungen verbessern und an die Kostenentwicklung anpassen.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Richtig!)

Das tun wir mit diesem Gesetzentwurf.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Aber viel zu wenig!)

Für Demente werden Leistungen wesentlich verbessert.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Na, na!)

Diese sollten allerdings nicht nur im ambulanten, sondern auch im stationären Bereich ermöglicht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen die Pflege spürbar entbürokratisieren. Pflegedienste müssen sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe, die Versorgung Pflegebedürftiger, konzentrieren können. Dann wird auch der Pflegeberuf wieder attraktiver werden. Wir müssen weiterhin die Qualitätsprüfungen im Hinblick auf Praktikabilität, bürokratischen Aufwand und Effizienz überarbeiten. Wir brauchen unangemeldete Prüfungen. Der Schwerpunkt der Prüfungen muss auf den Zustand der Patienten und weniger auf die Vollständigkeit der Dokumentation gerichtet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Letztlich halten wir auch sehr viel davon - in diesem Punkt sind wir uns einig - , dass die Prüfergebnisse veröffentlicht werden müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen des Weiteren - soweit dies möglich ist -, dass jeder in seinem von ihm gewünschten Umfeld gepflegt und betreut werden kann. Die überwiegende Mehrheit der pflegebedürftigen Menschen will so lange wie möglich zu Hause oder zumindest ambulant und nicht in Pflegeheimen versorgt werden. Parallel dazu nimmt die Tragfähigkeit familiärer Bindungen und Unterstützungen leider ab. Vor diesem Hintergrund werden mit diesem Gesetzentwurf die Möglichkeiten neuer Wohnformen wie zum Beispiel Wohngemeinschaften für Ältere oder betreutes Wohnen und die ambulante wohnortnahe Versorgung gefördert. Die Pflegebedürftigen sollen die dort erbrachten Leistungen wesentlich flexibler als bisher in Anspruch nehmen können.

Es ist klar, dass diese beschlossenen Verbesserungen nicht zum Nulltarif zu haben sind. Aber die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen haben Anspruch auf gesellschaftliche Solidarität. Die Reform der Pflegeversicherung ist im Hinblick auf die vereinbarten Leistungsverbesserungen ein wichtiger Durchbruch im Interesse von Millionen von Betroffenen. Aber um das System zukunftsfähig zu machen und mehr Generationengerechtigkeit zu verankern, bleibt die Einführung einer Kapitaldeckung als Aufgabe bestehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da nicht alles finanzierbar ist, sind wir auch auf mehr ehrenamtliches Engagement angewiesen.

Wir werden in diesem Gesetzgebungsverfahren an der einen oder anderen Stelle noch nachjustieren müssen. Ich habe bereits Pflegequalität und Entbürokratisierung angesprochen. Hinzu kommt das Thema Pflegestützpunkte. Wir sind uns darin einig, dass es wohnortnah kompetente Anlaufstellen geben soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen uns aber fragen, ob wir zusätzliches Geld für Organisation oder für Pflege ausgeben. Wir sind der Auffassung: Das Geld muss für die Pflege ausgegeben werden. Diese Stützpunkte sollten Anwalt der Patienten und nicht nur der verlängerte Arm der Pflegekassen sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein weiterer Punkt erscheint uns sehr wichtig. Wir müssen die sogenannte aufsuchende Beratung fördern. Denn viele haben nicht die Möglichkeit, Beratungsstellen aufzusuchen. Wir dürfen durch neue Strukturen, die parallel zu bereits existierenden entstehen, nicht zu übertriebenen Kostenforderungen kommen, die nur zu mehr Bürokratie, aber nicht zu mehr Leistungen für die Betroffenen führen.

Eine Gefahr sehe ich bei der im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelung, dass qualifiziertes Personal dort abgezogen wird, wo wir es eigentlich brauchen, nämlich am Pflegebett. Die Entwicklung darf doch nicht dahin gehen, dass irgendwann einmal mehr Personen für Organisation und Aufsicht als für die eigentliche Pflege zuständig sind. Es ist unsere Aufgabe, darauf zu achten. Die vorhandenen, knappen Mittel der Pflegeversicherung müssen für Leistungen, die den Pflegebedürftigen zugutekommen, ausgegeben werden. Hier brauchen wir jeden Euro. Wir können deshalb keine Leistungsausweitungen befürworten, die nicht den Pflegebedürftigen zugutekommen und mit einem unkalkulierbaren Kostenrisiko verbunden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Grundausrichtung des Reformprojektes ist richtig. Die genannten Beispiele zeigen aber auch, dass in einzelnen Fragen noch Diskussionsbedarf besteht. Ich bin felsenfest davon überzeugt und zuversichtlich, dass wir dabei gemeinsam zu guten Ergebnissen für die pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörige kommen werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Fraktion Die Linke hat nun das Wort der Kollege Dr. Ilja Seifert.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf den Tribünen! Lieber Herr Zöllner, wenn ich Sie hier so reden höre, wünsche ich mir fast einen CSU-Minister, der wenigstens die christliche Soziallehre beherzigt, der Werte zugrunde legt, wenn er Politik macht. Dann gäbe es nicht so ein Reförmchen, bei dem man die Substanz mit der Lupe suchen muss. Herr Zöllner, Sie haben zu Recht die Frage gestellt, ob wir eine humane Pflege oder eine Pflege vom Fließband wollen. Ich habe den Eindruck, dass das, was Sie hier verändern, an der Fließbandpflege nichts ändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Lanfermann, Sie haben recht: Obwohl diese Debatte die breite Öffentlichkeit betrifft, haben wir nur wenig Zeit, um über die Entwicklung im Bereich der Pflege zu beraten. Nach zwölf, fast 13 Jahren können wir Bilanz ziehen. Dann können wir fragen, welche Änderung die Bundesregierung anbietet. Vielleicht sollten wir auch noch einmal darüber reden, was die Linke als Alternative anzubieten hat.

Zur Bilanz: Erstens. Wir haben es mit einer Teilkaskoversicherung zu tun. Allein das Wort "Teilkaskoversicherung" ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, um die es geht. Wir sind nämlich keine Autos, sondern Menschen. Der Begriff allein zeigt, was Sie wollen. Sie wollen den Leuten nicht wirklich helfen, sondern die Staatskasse ein bisschen entlasten. Zweitens. Die Unterversorgung ist hinreichend bekannt. Die Berichte liegen auf dem Tisch. Wir brauchen nicht lange darüber zu reden. Die Angehörigen sind total überlastet und überfordert. Ich finde, Sie tun nichts, was wirklich für Abhilfe sorgt.

Ich greife einmal das Beispiel Demenz auf: Sie wollen die demenzkranken Menschen in die Pflegeversicherung einbeziehen; man wusste von Anfang an, dass das nötig ist. Wollen Sie den Menschen ernsthaft einreden, dass sie für 6,57 Euro pro Tag sinnvolle Betreuungsangebote einkaufen können? Wenn Angehörige einen dementen Menschen für drei Stunden in der Woche in eine teilstationäre Einrichtung geben, damit sie ein bisschen entlastet werden, dann haben sie anschließend viel damit zu tun, diesen Menschen aus seiner Verwirrtheit wieder herauszuholen. Das

Problem ist, dass das nicht regelmäßig ist, dass nicht das geboten wird, was der demente Mann oder die demente Frau braucht. Eine regelmäßige Begleitung und Betreuung ist notwendig. Diese Regelung wird nicht helfen.

Über die besondere Situation in Ostdeutschland kann ich leider gar nicht lange reden. Nur so viel: Es wird immer wieder gesagt, dass man für den Pflegefall zusätzlich privat vorsorgen muss. Wovon soll man denn vorsorgen, wenn man nichts hat? Kommt man dann auf die Idee, für den Pflegefall vorzusorgen, der, wenn man Glück hat, nicht eintritt? So viel zur Situation.

Was bietet die Bundesregierung an? Sie bietet eine Reform an. Hinterher, nachdem die Reform beschlossen worden ist, will sie sich überlegen, wofür die Reform eigentlich ist. Denn die Kommission, die einen neuen Pflegebegriff erarbeiten soll, soll ihre Ergebnisse erst Ende nächsten Jahres vorlegen. Wenn sie dann etwas vorgelegt hat, fangen Sie an, die Vorschläge zu zerpfücken. Was soll das?

Wenn man wirklich eine Pflegereform durchführen will, dann muss man sagen: Es geht darum, den Menschen, die Anleitung, Pflege oder ständige Hilfe benötigen, im Rahmen dessen, was sie sich wünschen, Teilhabe zu ermöglichen. Davon ist bei Ihnen aber nicht die Rede. Satt, sauber, trocken - das ist das höchste der Gefühle. Das kann es ja wohl nicht sein.

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt nicht! Das wissen Sie!)

- Was ich weiß, ist, dass bedauerlicherweise nicht einmal das erreicht wurde. Sie sagen, dass Sie die Leistungen dynamisieren. Was machen Sie in Wirklichkeit? Sie erhöhen den Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte. Das Geld, das durch die Leistungsdynamisierung eingenommen wird, fließt in die Pflegestützpunkte - wenn es denn überhaupt irgendwo ankommt. Denken wir also einmal über die Pflegestützpunkte nach; denn sie sind der größte Bereich, um den es geht. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass ich bei diesem Thema ein Déjà-vu habe. Die gleichen Heilsversprechungen habe ich nämlich auch gehört, als beschlossen wurde, im Rahmen des SGB IX gemeinsame Servicestellen einzurichten.

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: So ist es!)

Sehen Sie sich die Situation bei den gemeinsamen Servicestellen doch einmal an! Ich gehe jede Wette ein: Wenn Sie sie heute schließen würden, würde ein halbes Jahr lang kein Mensch merken, dass sie geschlossen worden sind - nicht einmal die Leute, die dort arbeiten. Das ist so, weil sie niemand braucht. Da auch die Pflegestützpunkte niemand braucht, wird sie niemand aufsuchen, werden sie nichts nützen.

Welche Alternativen gibt es? Ich sage Ihnen: Lassen Sie uns zuerst überlegen, was Pflege zu bedeuten hat. Pflege hat nicht nur etwas mit Begleitung und Assistenz zu tun. Das Ziel der Pflege besteht vielmehr darin, Menschen, die allein nicht zurechtkommen, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben oder zumindest am Familienleben zu ermöglichen. Es geht also um die Ermöglichung von Teilhabe.

Dafür brauchen wir unter anderem die geschlechtergleiche Pflege, wenn sie gewünscht wird,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

und eine solidarische Finanzierung. Wir brauchen also die Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Was denn sonst? Lasst uns doch aufhören, die Idee zu verfolgen, dass jeder seinen eigenen Kapitalstock anspart! Lasst uns das Prinzip "ambulant vor stationär" verwirklichen! Wenn wir das tun, dürfen wir aber nicht immer wieder in Pflegeheime investieren. Lasst uns die Angehörigen tatsächlich entlasten, indem wir denjenigen, die die Pflegeleistung erbringen, so viel Geld in die Hand geben, dass sie ordentlich verdienen. So kommen wir voran.

Führen Sie aber bitte nicht zunächst irgendein Reförmchen durch, das zumindest in seinem Titel das Wort "Reform" trägt, und überlegen erst dann, was Sie eigentlich machen. Sie müssen zuerst sagen: Wir wollen eine humane Pflege. Herr Zöllner, in diesem Punkt bin ich zu 100 Prozent Ihrer Auffassung. Obwohl Sie von den Werten der christlichen Soziallehre und nicht von meiner aufgeklärten Perspektive ausgehen, kommen wir beide zum gleichen Schluss: Wir müssen den Menschen Teilhabe ermöglichen. In diesem Punkt sind wir einer Meinung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist nun die Kollegin Elisabeth Scharfenberg für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nun findet sie also statt: die erste Lesung des Entwurfs eines Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes. Sie dauert nicht einmal eine Stunde. Ursprünglich war vorgesehen, die heutige Debatte in der Kernzeit, also zwischen 9 und 11 Uhr, zu führen. Jetzt finden wir uns im Nachmittagsprogramm des letzten Sitzungstages vor Weihnachten wieder.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, liebe Frau Ministerin, ist Ihnen das nicht abgrundtief peinlich? Denn ganz offensichtlich zählen die Sorgen und Bedürfnisse Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen nicht zu den wirklich großen Themen für diese Bundesregierung und diese Koalition.

(Elke Ferner [SPD]: Das ist doch Quatsch, was Sie da erzählen! - Ute Kumpf [SPD]: Das ist wirklich dummes Zeug!)

In den letzten Wochen haben Sie uns in Höchstform Ihre pflegepolitische Handlungsunfähigkeit demonstriert. Was wir erleben, ist Zoff: Zoff um die Finanzierung, Zoff um den Pflegeurlaub, Zoff um die Pflegezeit

(Elke Ferner [SPD]: Die Pflegezeit ist kein Urlaub, Frau Kollegin!)

und Zoff um die Pflegestützpunkte und die Pflegebegleiter. Wir hatten reichlich den Eindruck, dass sich hier Opposition und Regierung auseinandersetzen. Nur zu Ihrer Erinnerung: Sie bilden eine gemeinsame Koalition.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss man immer wieder sagen!)

Ich höre nichts darüber, dass Sie sich nun doch um ein dringend notwendiges Konzept für eine nachhaltige Finanzierung kümmern. Ich höre auch nichts darüber, dass Sie gemeinsam daran arbeiten, die an sich vernünftige Idee der Pflegestützpunkte und Pflegeberater wirklich im Sinne der Betroffenen umzusetzen und auszugestalten. Sie wissen ganz genau, dass Sie dafür sorgen müssen, dass die Pflegestützpunkte und -berater neutral und unabhängig sind;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn sind sie das nicht, produzieren Sie damit nichts anderes als ein Kontroll- und Kostensparmodell. Sogar die Vorschläge der Länder wären eine deutliche Verbesserung gegenüber Ihren Konzepten. Von der Unionsfraktion dieses Hauses hingegen vernehme ich nur destruktive Statements.

(Willi Zylajew [CDU/CSU]: Das ist unerhört!)

Sie wollen die Pflegestützpunkte überhaupt nicht. Sie machen sich für dieses wirklich komplett unsinnige Konzept der Beratungsschecks stark. Damit schaffen Sie nicht etwa Orientierung, nein,

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Da müssen Sie mal die Basis hören, Frau Scharfenberg!)

Sie bewirken exakt das Gegenteil, nämlich Desorientierung auf einem ausufernden und unüberschaubaren Beratungsmarkt. Das soll dann den Betroffenen nützen? Das stelle ich wirklich infrage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Fragen Sie mal die Betroffenen!)

Auch die Pflegezeit ist Ihnen ein Dorn im Auge. Sie wollen keinen Ärger mit den Arbeitgeberverbänden. Deshalb wird die Pflegezeit möglichst unattraktiv ausgestaltet,

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Meine Güte!)

ohne jede Form der Lohnersatzleistung, mit einer Beschränkung der Betriebsgröße auf mindestens 15 Mitarbeiter und schön begrenzt auf den engsten Verwandtenkreis.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Irgendjemand muss es bezahlen!)

Keine Sorge, diese Pflegezeit wird kein Mensch in Anspruch nehmen, weil sie keiner nehmen kann. Das alles verpacken Sie auch noch als Unterstützung für pflegende Angehörige. Davon kann wohl überhaupt nicht die Rede sein. Pflegende Angehörige brauchen Unterstützung und Entlastung im Alltag. Sie tragen die Konflikte - Stichwort "ambulant vor stationär" - auf dem Rücken der Angehörigen aus. Herr Zöllner, bei allem Respekt, aber Ihre Darstellung der Betroffenheit nimmt Ihnen wirklich keiner mehr ab.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Ist es so unmenschlich, Urlaubstage dafür zu nehmen?)

Zu guter Letzt klagen Sie, es sei nicht bezahlbar, was Frau Ministerin Schmidt alles vorhat. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, wenn Sie nicht mutig genug sind, für eine nachhaltige Finanzreform zu sorgen, dann müssen Sie sich wirklich an die eigene Nase fassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Setzen Sie Ihren Koalitionsvertrag und die darin gesteckten Ziele, auch bezüglich der Finanzierung, um!

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Sie haben es noch nicht einmal zu einem Gesetzentwurf geschafft!)

Ich glaube, Ihnen ist entgangen, dass es sich bei der Zielgruppe der Pflegereform um Menschen handelt, um pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige. Übrigens, Herr Zöllner, wir reden hier nicht nur von alten Menschen, nein, wir reden auch von pflegebedürftigen Kindern, wir reden von behinderten Menschen, von psychisch kranken Menschen, von Menschen, die etwa nach einem Unfall, auch in jungen Jahren, pflegebedürftig wurden oder auch werden können. Das heißt, wir reden eigentlich von uns allen. Es geht nämlich bei alledem, was heute debattiert wird, um das konkrete Leben und um das Schicksal von Menschen, die Hilfe, Unterstützung, aber vor allem mehr Selbstbestimmung und Würde brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben noch ein paar Wochen Zeit bis zur Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs. Setzen Sie jetzt endlich Ihre ideologische Brille ab! Dieses Pflege-Weiterentwicklungsgesetz ist für alle Menschen im Land zu wichtig, um zwischen Wahlkampfslogans zerrieben zu werden;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

denn alles, was im Frühjahr beschlossen wird, wird über Jahre hinweg nicht mehr zu ändern sein. Sie haben eine enorme Verantwortung. Dieser Verantwortung sollten Sie sich wirklich langsam bewusst werden.

(Ute Kumpf [SPD]: Sind wir uns!)

Ich wünsche Ihnen besinnliche Weihnachtstage,

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Wünschen wir Ihnen auch, Frau Scharfenberg!)

aber kommen Sie auch bei der Pflegereform zur Besinnung!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Die Grünen und die Linken versprechen, und die anderen sollen bezahlen!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat die Kollegin Elke Ferner für die Fraktion der SPD das Wort.

Elke Ferner (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich glaube, die von der Bundesregierung vorgelegte Pflegereform ist ein Riesenschritt zur Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Seifert, wir wissen, dass insbesondere Ihre Fraktion keine Mühe hat, immer noch mehr, noch weitergehende Maßnahmen und noch höhere Mittel zu fordern, aber wir müssen uns ein Stück weit an dem orientieren, was derzeit finanzierbar ist. Auch wir hätten an vielen Stellen gerne die Leistungen noch verbessert, aber wir sind realistisch genug, zu sehen, was finanzierbar und was nicht finanzierbar ist.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Es muss auch künftig finanzierbar sein!)

Der zweite Punkt, den Sie, Herr Seifert, angesprochen haben, betrifft die Änderung des Pflegebegriffs. Ja, wir wollen den Pflegebegriff ändern, weg von der Verrichtungsbezogenheit. Das braucht leider noch etwas mehr Zeit. Aber das wird dann in einem zweiten Schritt gesetzlich verankert werden können. Wir halten es nicht für verantwortbar, mit den Maßnahmen, die wir jetzt auf den Weg bringen, ebenfalls bis dahin zu warten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie anderer Meinung sind, können Sie das den Menschen, die mehr Hilfebedarf haben, ja gern erklären. Wir möchten das, was wir jetzt tun können, auch wirklich angehen und auf den Weg bringen.

Es ist heute auch über paar Punkte zu reden, bei denen es innerhalb der Koalition Dissens gibt. Es geht beispielsweise um die Pflegestützpunkte. Die Pflegestützpunkte werden gebraucht, Herr Lanfermann. Wer schon einmal einen Pflegefall zu organisieren hatte, weiß, wie die heutige Situation vor Ort ist.

Es gibt Länder - wie zum Beispiel Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg -, in denen es Koordinierungsstellen und einheitliche Anlaufstellen gibt.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Lange Zeit FDP-regiert!)

Die Menschen wissen, dass sie zu diesen Stellen gehen und sich umfassend beraten lassen können.

Es fehlen aber auch in den genannten Bundesländern noch Stellen, die beispielsweise über die Leistungen zu entscheiden haben. Wir wollen nicht etwas Neues parallel zu den existierenden Einrichtungen schaffen. Vielmehr wollen wir die vorhandenen Angebote um die Beratungsangebote der Sozialversicherungsträger ergänzen und das Ganze wohnortnah - nicht irgendwo fernab, zum Beispiel in der Kreisstadt - unter einem Dach anbieten. Dazu brauchen wir Stützpunkte in der Form, wie wir sie organisieren wollen.

Herr Lanfermann, ich wundere mich, dass ausgerechnet die FDP fordert, im SGB XI bis ins kleinste Detail festzuschreiben, wie das alles aussehen soll, wer welche Verantwortung trägt, wer wem Weisungen zu erteilen hat usw. Was ist denn mit der Vielfalt, die es vor Ort gibt? - Diese wollen wir erhalten.

Wir wollen versuchen, die Beratungsangebote so zu bündeln, dass der Angehörige oder auch der Pflegebedürftige zu den Anlaufstellen gehen und sich umfassend beraten lassen kann. Wolfgang Zöllner, ich sage noch einmal ganz ausdrücklich, dass das nicht ausschließt, dass auch einmal ein Pflegeberater oder eine Pflegeberaterin zu den Menschen nach Hause gehen kann, wenn eine Beratung nur so möglich ist.

Wir brauchen die Institution der Pflegestützpunkte, die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehen ist. Hinter diesem Entwurf stehen auch Ministerinnen und Minister der CDU und CSU. Offensichtlich ist das in Teilen der Unionsfraktion aber noch nicht angekommen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich auf die Pflegegutscheine eingehen.

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Beratungsschecks!)

- Entschuldigung, ob ich das Beratungsscheck oder Pflegegutschein nenne, ist eigentlich egal. Aber was schlagen Sie da eigentlich inhaltlich vor? Heute gibt es eine kostenlose Beratung durch die Sozialversicherungsträger, die Grundsicherungsträger, die Wohlfahrtsverbände und auch durch die Leistungsanbieter. Diese preisen Sie jetzt in Ihre Beratungsgutscheine ein.

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Nein!)

Was ist denn, wenn die vier Stunden Beratung abgelaufen sind? Muss ich dann für die nächste Beratung bezahlen?

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Nein! Stimmt ja gar nicht!)

Was ist, wenn ich verschiedene Stellen anlaufen muss? Verbrauche ich dann jeweils ein Stückchen von dem Gutschein? Wir sind genauso wie Horst Seehofer, aber auch der Sozialverband Deutschland und andere der Auffassung, dass die Pflegegutscheine grober Unfug sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich prophezeie Ihnen, dass sie nicht ins Gesetz kommen werden.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Was belästigen Sie uns dann damit?)

- Herr Lanfermann, Sie können gerne eine Zwischenfrage stellen statt dazwischenzuschreiben. Die Redezeit ermöglicht es im Moment leider nicht, auf Ihre Zwischenrufe einzugehen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Das wäre aber hilfreich!)

Als Nächstes möchte ich auf die Freistellung bei einem Pflegefall eingehen. Im Namen meiner Fraktion begrüße ich es sehr, dass wir der Forderung nach der Möglichkeit einer Freistellung für bis zu sechs Monate, die Sozialverbände und Gewerkschaften schon vor längerem aufgestellt haben, nachkommen und das Recht zur raschen Rückkehr an den Arbeitsplatz gewährleistet ist für den Fall, dass der Angehörige verstirbt, bevor die Zeit der Freistellung abgelaufen ist.

Wir hätten uns gewünscht, dass das allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglich ist und sich nicht in erster Linie an der Betriebsgröße, sondern am Bedarf der Angehörigen von Pflegebedürftigen orientiert. Wir werden weiterhin an unserer Forderung festhalten, dass es für kurzfristige Freistellungen eine Bezahlung nach dem Vorbild der Regeln geben soll, die wir bei der Erkrankung von Kindern schon heute haben, also die Zahlung von Krankengeld für bis zu zehn Tage.

(Beifall bei der SPD)

Die Mehrheit der Bevölkerung will das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man hört hier Argumente wie: Das kann der Sozialdienst im Krankenhaus erledigen. Oder: Man kann Jahresurlaub einsetzen. Oder: Man kann ja unbezahlten Urlaub nehmen. Deswegen sage ich: Viele Menschen können sich unbezahlten Urlaub schlicht nicht leisten. Manche haben am Jahresende keinen Jahresurlaub mehr übrig.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Eben, eben!)

Im Übrigen: Wer Angehörige pflegt, setzt häufig Jahresurlaub für die Pflege seiner Angehörigen ein. Da gibt es also keinen Nachholbedarf.

Das Wichtigste ist, glaube ich, dass die Menschen in Ruhe die Pflege ihrer Angehörigen organisieren können. Das ist nichts, was man mal eben am Telefon in der Mittagspause, nebenbei, organisieren kann, oder etwa nach Feierabend, wenn kein Mensch mehr erreichbar ist, mit dem man so etwas abklären kann. Wir brauchen gut vorbereitete Entscheidungen. Vor allen Dingen brauchen die Menschen die Zeit, sich zu informieren, um das zu ihren Angehörigen passende Pflegearrangement zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Zur Qualität in der Pflege gäbe es sicherlich noch einiges zu sagen. Das Gleiche gilt für die Finanzierung. Ich will dazu nur einen Satz sagen: Wir haben es leider nicht geschafft, den Risikoausgleich, der im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist, in das Gesetz aufzunehmen, weil sich die Union davon leider verabschiedet hat.

Jetzt geht es um die Frage: Wie geht es weiter, wie werden wir den demografischen Herausforderungen gerecht? Das geht weit über die aktuelle Diskussion über die Pflegeversicherung hinaus. Das geht auch weit über die Ebene des Bundestages hinaus, das muss auf allen politischen Ebenen diskutiert werden, weil auch an anderen Stellen noch viel zu tun ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Zöllner [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Willi Zylajew für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Willi Zylajew (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Pflegeversicherungsreform ist der derzeit mögliche Schritt. Wir entwickeln eine gute Versicherung, die sich bewährt hat, weiter. Bislang waren die Leistungen allerdings an den Bedarf der Grundpflege und häuslichen Versorgung geknüpft. Dies war hilfreich, und hier erhöhen wir auch die Leistungen, wir dynamisieren sie sogar verlässlich; das muss man bei aller Kritik im Detail akzeptieren, Herr Kollege Dr. Seifert. Unter dem Blickwinkel einer ganzheitlichen Betrachtung der Ansprüche der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen wollen wir nun mehr tun, auch Leistungen gewähren für Betreuung, Begleitung und Beaufsichtigung. Dies wird vielen Menschen helfen. Es kommt auch der von weiten Teilen der Bevölkerung letztlich erwartete Hilfebereich für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz; das betrifft die sogenannte "Pflegestufe 0". An dieser Stelle der Klassifizierung der Hilfestufen gab es sicherlich einen Mangel, den wir hiermit ausräumen. Die Betreuungssituation Dementer wird besser.

Wir sollten uns dabei nicht allein auf den ambulanten Bereich konzentrieren,

(Zuruf von der LINKEN: Sehr richtig!)

sondern das auf den stationären Bereich ausdehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben alle am vergangenen Montag beim Mauser-Forum in der NRW-Landesvertretung gehört, dass der Sozialverband Deutschland, die Diakonie, die Caritas und der DPWV auch Leistungen für den stationären Bereich erwarten. Wir müssen die Chance eröffnen, Ambulante im stationären Bereich besser zu betreuen, zu beaufsichtigen. Darüber sollten wir noch einmal nachdenken. Wir hoffen, dass wir hier in der Koalition zu Ergebnissen kommen.

(Zuruf von der LINKEN: Wir helfen Ihnen dabei!)

- Dafür sind wir dankbar.

Herr Lanfermann, wir sollten die Ergebnisse der Anhörungen abwarten, sollten sehen, was im Land vorhanden ist, und dann überlegen, wie wir die Beratung vielleicht anders finanzieren. Ich denke, wir haben hier die Chance, bestehende Strukturen zu erhalten bzw. sie auszubauen und den Menschen ein Stück weit die Freiheit zu geben, zu wählen, von wem sie sich beraten lassen.

Frau Ministerin Schmidt, Sie kennen natürlich Aachen-Stadt. Aber schauen Sie einmal in die Eifel und nach Aachen-Land! Dann sehen Sie, wie dort die Pflegestützpunkte erreichbar wären: Für 20 000 Einwohner haben wir einen Pflegestützpunkt.

Wir als Union werden alles daransetzen, mehr aufsuchende Hilfe zu erreichen. Kollegin Ferner, Sie haben so schön gesagt - das können Sie noch einmal im Protokoll nachlesen -:

Die Menschen wissen, dass sie zu diesen Stellen gehen und sich umfassend beraten lassen können.

Ich glaube, Sie verkennen die Situation der Menschen etwas.

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: So ist es!)

Viele können nicht dahin gehen oder fahren, sondern wir sollten sehr viel stärker zusehen, dass diese Beratung zu Hause erfolgt, sodass die Menschen die Chance haben, sich unter mehreren Beratern denjenigen herauszusuchen, den sie für richtig halten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Konrad Schily [FDP] - Ulla Schmidt, Bundesministerin: Das steht schon im Gesetz! - Elke Ferner [SPD]: Das habe ich doch gar nicht ausgeschlossen!)

Das steht im Übrigen heute schon in § 7 Sozialgesetzbuch XI, wonach Aufklärung und Beratung Pflichtaufgaben der Kassen sind. Ich wundere mich, dass wir diesen Kassen aus den vereinnahmten Pflegeversicherungsbeiträgen nun noch einmal 290 Millionen Euro mehr geben sollen - für eine Aufgabe, die sie bisher schon zu erledigen hatten, aber nicht erledigt haben.

(Elke Ferner [SPD]: Sie wollen ihre Aufgabe erledigen!)

Bedenken wir doch - darüber müssen wir sprechen -: Die Kasse hat das Geld und gibt die Bescheide heraus. Sie hat den MDK und bekommt über die Fallmanager im Endeffekt dann noch die Macht, zu entscheiden, was mit jeder und jedem Einzelnen passiert. Ich denke, das muss man kritisch hinterfragen. Das ist nicht richtig und nicht sinnvoll.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Kollege Zöllner hat es angesprochen: Bei den bevorstehenden Beratungen geht es doch um die Frage, wie viel dieser 2,5 Milliarden Euro letztendlich für neue Beratungsstrukturen verwendet wird und wie viel unmittelbar beim Pflegebedürftigen ankommt. Wir als Union werden uns in diesen weiteren Beratungen dafür stark machen, dass möglichst jeder Euro und jeder Cent direkt bei dem pflegebedürftigen Menschen und nicht auf irgendwelchen Verwaltungsetagen ankommt, auf denen sie für die Menschen nur wenig hilfreich sind.

(Elke Ferner [SPD]: Also doch keine Gutscheine!)

Ich bedanke mich sehr für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/7439, 16/7486, 16/7136, 16/7472 und 16/7491 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? - Ich sehe, das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.